

Garantiertes Grundeinkommen – eine neue Wunderwaffe der Sozialpolitik ?*

In letzter Zeit erhöht sich weltweit die Anzahl derjenigen Analysen, die die Einführung des garantierten Grundeinkommens empfehlen bzw. fördern. Es wurde ein sich ausweitendes Bündnis unter den Unterstützern dieser Idee herausgebildet, in dessen Hintergrund jedoch – wie es auf den ersten Blick auffällt – ganz verschiedene Gründe und Bestrebungen zu erkennen sind.

1. Manche behaupten dadurch eine endgültige Lösung der Armut gefunden zu haben. Sie halten es für skandalös, dass es trotz allem Gesellschafts- und Wirtschaftsfortschritt nicht gelungen ist, die Verelendung und die Abdrängung gewisser Schichten an den Rand der Gesellschaft aufzuhalten. Auch in reichen Gesellschaften steigt die Anzahl der soziale Hilfe Bedürftigen, eine neue Armut wird infolge der lange andauernden, massenhaften Arbeitslosigkeit immer charakteristischer. Es wird auf die Gestaltung eines effektiveren sozialpolitischer Institutionensystems gedrungen. Die Anhänger dieses Prinzips denken, dass ein garantiertes Grundeinkommen diese Problematik an den Wurzeln, bei der Entstehung zu behandeln vermöge.

2. Andere Wissenschaftler – in erster Linie eine Gruppe der neoliberalen Ökonomen und Gesellschaftsforscher – meinen, der grösste Vorteil der Einführung eines garantierten Grundeinkommens wäre, dass damit die Wirtschaft von den oft verwirrenden sozialpolitischen Überlegungen befreit werden könnte. Es könnten in der Wirtschaft die Gesetzmässigkeiten des Marktes endlich frei zur Geltung kommen. Ausserdem könnte z.B. ein von Mehrwertsteuern finanziertes Existenzminimum den Umfang der staatlichen Redistribution verringern bzw. die Arbeitgeber entlasten. Das Individuum wäre gefordert, private Versicherungsverträge zu schliessen, was für die Wirtschaft erneut eine Kapitalzuführung bedeuten würde, die gewinnbringend investiert werden könnte.

3. Einige hegen auch die Hoffnung, dass ein garantiertes Grundeinkommen zur Herausbildung einer kommunikativen Gesellschaft neuen Typs beiträgt. Das würde eine qualitativ neue Möglichkeit der Menschen für die Gestaltung des Lebens mit sich bringen, gegenüber der bisherigen Gesellschaftsordnung, die auf dem Wettbewerb unter den Menschen aufgebaut wurde.

* Eine Studie unter Anwendung der am 12. 12. 1990. an der Georg-August-Universität in Göttingen gehaltenen Vorlesung.

4. Der objektive Betrachter hat manchmal den Eindruck, dass die kämpferische Parteinahme für das garantierte Grundeinkommen – neben den zweifellos bestehenden sachlichen Argumenten – auch eine Ausdrucksweise der sozialpolitischen Avantgarde ist, eine Art Rebellion gegen die gesellschaftlichen Determinismen.

5. Der Bedeutendste Faktor, der das garantierte Grundeinkommen in das allgemeine Interesse rücken kann, ist eine möglicherweise bevorstehende Produktions- und Wirtschaftsumwälzung, die unsere Lebensbedingungen radikal verändern kann. André Gorz ist z.B. der Ansicht, dass die Entwicklung der Technik, die ausgedehnte Verbreitung der computergesteuerten automatischen Produktionssysteme zu einer radikalen Abnahme der zur Produktion notwendigen Arbeitskräfte führt. Nach seinen Berechnungen könnte bis zum Ende unseres Jahrhunderts die notwendige Gesamtarbeitszeit sich um ein Drittel der heutigen verringern, und dieser Trend würde sich – laut Gorzs Prognose fortsetzen. All das würde mächtige Spannungen auf dem Arbeitskräftemarkt wecken. Infolge der technischen Entwicklung könnten immer breitere Massen die für ihren Unterhalt notwendigen Arbeitsstellen verlieren. Die Spannungen könnten noch eine Weile durch Arbeitszeitreduzierung, "Job-Sharing", Teilzeitbeschäftigung und Anwendung verschiedener Einteilungstechniken gemildert werden. Diese Methoden werden aber zu einer Grenze gelangen, wo aus wirtschaftlichen, arbeitsorganisatorischen und rationalen Überlegungen die Strategie der Arbeitszeitreduzierung nicht weiter verfolgt werden kann. Spätestens in dieser Phase wird man mit der Frage konfrontiert, ob die Anwendung des garantierten Grundeinkommens bei der Entlastung des Arbeitskräftemarktes behilflich sein kann. Mit anderen Worten: Die Steigerung der Automatisierung können uns dazu zwingen, dass wir mit der bisherigen, an die Arbeitsverrichtung geknüpften Einkommensverteilung Schluss machen und eine andere Methode der Einkommensverteilung erarbeiten.

Diese Frage ist, bezogen auf die theoretischen wie auch auf die praktischen Folgen, gleichermassen sehr spannend. Vor der Erörterung des Themas muss ich noch zwei Bemerkungen machen.

Die erste: Obwohl unser Thema sich mit grundsätzlichen Fragen der alltäglichen menschlichen Existenz befasst, grundsätzliche Werte der Zivilisation berührt, und damit zu Diskussionen philosophischer und ideologischer Natur veranlasst, versuchen wir uns in diese Schichten nicht zu vertiefen. Wir fassen die Frage der Anwendbarkeit und Einführbarkeit des garantierten Grundeinkommens als spezifisches Fachproblem auf, und wollen sie in diesen Rahmen behandeln.

Die Erscheinung ist vielfältig: so könnten wir viele interessante ökonomische, soziologisch, organisatorische und entscheidungstheoretische Seiten erörtern. Im Rahmen dieses Vortrages sollte es jedoch genügen, nur eine mögliche Untersuchungsrichtung auf die Elemente, die zum Verstehen der Gesichtspunkte der juristischen Regelung notwendig sind. Wir wollen vor allen Dingen prüfen, wie die Einführung eines solchen Systems das individuelle Entscheidungsfeld umformt, und welche Auswirkungen diese Umformung auf die weitere Entwicklung des ganzen Systems hat. In unsere Überlegungen beziehen wir an mehreren Stellen Fragen der Ökonomie, der Soziologie und anderer Wissenschaftszweige ein, diese werden aber

nur insoweit behandelt, wie sie zur Entfaltung der von uns untersuchten Probleme notwendig sind.

I.

Vor allen Dingen machen wir eine systemtheoretische Übersicht.

Das garantierte Grundeinkommen — wie es schon aus der Benennung folgt — dient dazu, dass ein bestimmtes Minimum von Gütern, das zum Lebensunterhalt der Staatsbürger notwendig ist, unter allen Umständen gesichert wird. Abhängend davon, wie gross der Kreis der betroffenen Staatsbürger bzw. wie der Kontext der Institutionen ist, gibt es drei verschiedene Formen des garantierten Grundeinkommen.

1. Es ist nicht überraschend, dass man die im garantierten Grundeinkommen verkörperte Logik an bestimmten Punkten der vom Staat gesteuerten, grossen Sozialinstitute entdeckt, als ein Element der Struktur.

Besonders auffällig ist das Auftauchen eines solchen Elementes in den sog. Hilfesystemen. Diese sind bekanntlich dadurch charakterisiert, dass die zuständigen, meistens regionalen Organe jedem Staatsbürger Verpflegung gewähren, dessen regelmässige Einnahmen ein direkt oder indirekt bestimmtes Einkommensniveau unterschreiten, und dessen Lebensunterhalt aus keinerlei anderen Quellen gesichert werden kann. In dieser Struktur sind einige Charakterzüge des garantierten Grundeinkommens leicht zu erkennen. Das Ausmass der Versorgung ist ein durch gesellschaftlichen Konsens bestimmtes Minimalniveau. Die Versorgung wird regelmässig gewährt, solange die Voraussetzungen bestehen, usw.

Manchmal finden sich diese Elemente auch in den Versicherungssystemen. Diese werden darauf aufgebaut, dass die Versicherten, solange sie aktiv sind und ihren Lebensunterhalt durch die eigene Arbeit und das daraus resultierende Einkommen decken, verpflichtet sind, ihre Beiträge in den Versicherungsfonds einzuzahlen. Aus diesen Fonds werden Versorgung an die Personen ausgezahlt, die zur Versicherungsgemeinschaft gehören, die laut Versicherungsbedingungen versorgungsbedürftig geworden sind. Das Ausmass der Versorgung richtet sich nach dem früheren Einkommensniveau. Zwischen den Einzahlungen und dem geleisteten Transfer besteht ein Gleichgewicht, das auf eine versicherungsstatistische Äquivalenz aufgebaut ist. Das garantierte Grundeinkommen kommt an gewissen Punkten auch hier zum Vorschein. In einigen Versicherungssystemen (z.B. im ungarischen Rentensystem) kann es vorkommen, dass wegen des niedrigen Verdienstes sowie wegen der winigen Dienstjahre die berechnete Rente kleiner wäre, als das in den Rechtsvorschriften bestimmte Minimalniveau. Anstatt des berechneten Wertes soll dann das juristisch festgelegte Minimum gewährt werden. Das System verletzt demzufolge die Prinzipien der versicherungsmathematischen Äquivalenz in dem Interesse, eine gewisse Mindestversorgung zu garantieren.

Es ist sowohl für die Hilfe wie auch für das Versicherungssystem bezeichnend, dass für den Bezug der Minimalversorgung die Erfüllung einer

doppelten Bedingungsstruktur notwendig ist. Beim Hilfesystem sind diese die Bedingungen, dass das Einkommen unter dem Existenzminimum, liegt sowie das Ausschiessen anderer Quellen. In den Versicherungssystemen sind die zwei Voraussetzungen: die Gültigkeit des Versicherungsvertrages und, dass das Versorgungsniveau unter einem bestimmten Standard liegt.

2. Zur zweiten Gruppe wovon gehören diejenigen Strukturen, die für gewisse Gruppen der Bevölkerung ein Grundeinkommen garantieren. In Kanada, Dänemark und in den Niederlanden wird jedem Staatsbürger über der Rentenaltersgrenze eine einheitliche Summe als Grundversorgung geboten. Es gibt Länder, wo die Kinderversorgungshilfe auf dem Prinzip des Staatsbürgerrechts jedem Betroffenen gewährt wird. Nach einer Bemerkung von Tony Walter entstanden Entwürfe zum Ausbau ähnlicher Systeme in England zur Unterstützung angehender Unternehmer. In einigen Staaten der USA wurden ähnliche Pläne entworfen zur Sonderunterstützung von Kindern geschiedener Eltern. Wie Walter meint, sind in einigen Steuersystemen ebenfalls gewisse Elemente zu erkennen, die die Sicherung eines Grundeinkommens bezwecken. Im systemtheoretischen Sinne gehören hierzu auch die sog. negativen Einkommenssteuerpläne.

Gemeinsames Kennzeichen aller zu dieser Gruppe gehörenden Strukturen ist das Streben nach Absonderung einer Gruppe von Mitgliedern der Gesellschaft durch einfache Charakterzüge, also solcher Menschen, die typisch der Hilfe bedürfen. Für diese Leute wird meistens ohne weitere Untersuchungen eine einheitliche Summe bereit gestellt.

Es ist gut ersichtlich, dass diese Systeme dadurch universeller werden, dass die Anzahl der Voraussetzungen, die zur Inanspruchnahme der Versorgung notwendig sind, verringern. Zur Befugnis wird in der Regel nur eine Voraussetzung erfordert (hohes Alter, ein bestimmtes Niveau unterschreitendes Einkommen, Unfähigkeit der Selbstversorgung, usw.). Wenn bei jemandem diese Voraussetzungen bestehen, wird angenommen, dass er versorgungsbedürftig ist, und aufgrund dieser Auffassung werden ihm Transferauszahlungen geleistet.

3. Zur dritten Gruppe wovon gehören diejenigen Vorschläge, die nicht nur einigen Gruppen von Menschen, sondern jedem Staatsbürger ein garantiertes Grundeinkommen zukommen lassen möchten. Das Ausmass dieses Einkommens soll das Existenzminimumniveau überschreiten, damit alle grundsätzlichen Bedürfnisse befriedigen. Diese Version würde die Rolle aller existierenden sozialen Institutionen erfüllen. Beim Zuerkennen wäre keine Bedürftigkeitsuntersuchung notwendig. Die Leistung selbst wäre Einkommenssteuerfrei, demgegenüber wäre jedes weitere Einkommen steuerpflichtig. Die Leistung wird an das Individuum und nicht an die Familie adressiert. Das Ausmass der zum Lebensunterhalt notwendigen Güter verändert sich bekanntlich auch in Abhängigkeit vom Lebensalter; deshalb wäre die Grösse des minimalen Grundeinkommens ebenfalls verschieden, je nachdem, ob es Kindern oder Erwachsenen geboten wird. Hernione Parker z.B. bestimmt in ihren auf das Jahr 1985 bezogenen Berechnungen das minimale Grundeinkommen auf etwa 30 % des Wochengehaltes, was nach ihrer Berechnung 60 Pfund ausmacht. Für die Jugendlichen Bestimmt sie ein Einkommen zwischen 20- 60 Pfund.

Das Grundrentenmodell der Grünen würde 47,5 % Durchschnittsnettolöhne, der sog. Miegel - Wahl - Vorschlag etwa 40 % ausmachen.

Aus dieser Darstellung ist ersichtlich, dass derartige Systeme eine allgemeine Geltung erlangen, wenn sie die Inanspruchnahme der Leistungen durch keinerlei Bedingungen beschränken. Sie haben drei ausgeprägte Charakterzüge: sie sind auf alle Menschen ausgeweitet, sie sind also ganz allgemein, d.h. jeder kann sie automatisch und ständig beziehen.

II.

Da das ganze System nur in Form von Überlegungen und Entwürfen existiert und in der Praxis nirgends erprobt wurde, ist es zweckmassig, eine Übersicht seiner zu Vorteile und Nachteile machen.

Diejenigen, die die Einführung befürworten, argumentieren mit zwei verschiedenen Gründen. Die eine Gruppe bestimmt das minimale Grundeinkommen zur Vorbeugung gegen die wiederentstehende Armut, die auch in den reichen Gesellschaften unserer Zeit auftaucht. Es würde die vorherigen sozialpolitischen Institutionen ablösen, die sowieso nur die Folgen mildern können.

Die Vertreter des zweiten Standpunktes betrachten das garantierte Grundeinkommen nur als eine Art "sozialer Dividenten". Sie bauen ihre Argumente darauf auf, dass die Gesellschaft die zum Lebensunterhalt notwendigen Güter für jeden Bürger schaffen soll, wenn sie das Recht zum Leben nicht bestreitet. Wir wissen ja, dass der Mensch seine Kraftreserven auch bloss zum eigenen Beleben aufzufüllen hat, und dazu bestimmte Güter notwendig sind.

Es ist demzufolge keine Überraschung, dass die Argumente für die Einführung des garantierten Mindesteinkommen meistens damit verbunden sind, dass dieses System gerechter ist als alle anderen, indem es für alle Staatsbürger gleiche Chancen zum Lebensunterhalt schafft. Manche betonen besonders seine Auswirkung, die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern herzustellen.

Andere meinen, ein riesiger Vorteil der Einführung wäre, dass die Administration vereinfacht wird; sie brauche keine so grossen Verwaltungsapparate wie die gegenwärtigen Hilfe- und Versicherungssysteme. Das System beinhalte keine Überlappungen und die Spannungen zwischen den parallel arbeitenden Institutionen könnten beseitigt werden.

Die Leute könnten sich leisten, auch Arbeiten zu übernehmen, deren Lohn allein ihren Unterhalt nicht sichere. Demzufolge fördere das System die Umbildung, die Gründung neuer Unternehmungen und verringere die Kriminalität, die auf die Armut zurückzuführen sei. Es ermögliche eine ausgeglichene Wirtschaftsentwicklung, denn die Arbeitslosen würden in den Krisenzeiten vor dem Verhungern bewahrt. Das bedeute weiterhin eine positive Auswirkung auf ihre Einbeziehung in die Arbeit. Es bewirke einen Ausgleich der Wirtschaftszyklen, indem es die effektive Anfrage stabilisiere. Es beschleunige die technische

Entwicklung, indem es die Angst der Arbeitnehmer vor den Arbeitsstellen ersparenden Erneuerungen abbaue.

Philippe Parijs beteuert, dass die Einführung des garantierten Grundeinkommens eine kooperationsfähige Arbeitsatmosphäre zwischen der Lohnarbeit und dem Kapital schaffe. Das führe zu massigen Lohnforderungen und unterstütze die Kapitalakkumulation.

Büchtele und Wohlgenannt sagen direkt aus, dass es eine sog. kommunikative Gesellschaft neuen Typs aufzubauen ermögliche, gegenüber der bisherigen Menschenskontakte, die auf der Grundlage des Wettbewerbs standen. Damit könne ein Gesellschaftssystem zustande kommen, das auf der Grundlage der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Unterstützung stehe.

Schliesslich wird als Vorteil der Einführung erklärt dass sie die Konflikte, die aus der Verteilung der Güter resultieren, von der Wirtschaftsebene auf eine politische Bühne überlagere, wodurch die Gesellschaft von den Diskussionen um die Verteilung entlastet werde.

Die Gegenargumente sind auch sehr vielfältig. Sie kristallisieren sich um zwei Hauptprobleme. Viele behaupten einerseits, dass so ein System nicht zu realisieren sei. Sollte es aber trotzdem zustande kommen, so wäre es bald der Träger neuer Ungerechtigkeiten, neuer Spannungen, die wiederum schwere Konflikte in der Gesellschaft hervorrufen könnten.

Bei der Beurteilung dieses Systems müssen wir auch in Betracht ziehen, aus welchen Quellen diese Struktur finanziert werden kann. So bestehen Zweifel, ob so ein System unter den heutigen Bedingungen zu verwirklichen ist.

Nach den Berechnungen von Hermione Parker, die sich auf England beziehen, sollte eine einkommenssteuer von 70 % auf alle Einkommen bemessen werden, damit das von ihr entworfene garantierte Grundeinkommenssystem finanziert werden kann.

Zu einem ähnlichen ergebnis kommt auch Chantal Euseby, die in ihren Berechnungen, bezogen auf Belgien, herausfindet: damit allen Staatsbürgern ein Grundeinkommen von 10000 Belgische Frank monatlich bezahlt werden kann (diese Summe ist kleiner als das gegenwärtige Minimum des heutigen Hilfesystems), sollte eine Einkommenssteuer von 70 % auf alle Einkommen gelegt werden.

Das Meade-Komitee will in seinem Bericht in England ein niedrigeres Versorgungsniveau mit Steuern von 55 % schaffen.

Viele meinen, Steuern in dieser Grössenordnung würden eine Einkommensverheimlichung, eine schwarze Wirtschaft, also Abtrennungsreaktionen in breiten Kreisen hervorrufen.

Andere betonen: das System würde Ungleichheiten neuen Typs schaffen. Die Gefahr bestehe, dass die aktive Bevölkerung der Gesellschaft in zwei Teile gespalten werde. Die einen täten alles Mögliche dafür, Arbeit zu haben. Die anderen fanden entweder keine Stelle, oder wollten infolge einer willkürlicher Entscheidung keine Arbeit verrichten.

Das System vermische die zwei Kategorien und belege beträchtliche Steuern auf die Mitglieder der ersten Gruppe, um den Mitgliedern der zweiten Gruppe ein

Grundeinkommen zahlen zu können. Viele meinen, die neuralgischen Elemente des Vorschlages seien in diesem Punkt zu finden.

In diesen Systemen ist eine sog. Zielungenauigkeit zu erkennen, es werden nämlich Personen in verschiedenen Situationen gleichermaßen behandelt. Viele Experten meinen, deswegen könne die Effektivität der ganzen Lösung in Frage gestellt werden. Es wende die Kraftreserven der Gesellschaft nicht derartig auf, dass für die Gesellschaft das bestmögliche Ergebnis erzielt werde.

Es gibt Meinungen, die das Problem aus anderer Richtung angehen. Sie nehmen an, der hauptsächlichste Widerspruch der vorgeschlagenen Lösung sei das Brechen der Beziehung zwischen Leistung und Gegenleistung. Das System versorge nicht nur diejenigen, die unfähig seien, die gesellschaftlich notwendige Arbeit mitzumachen, sondern auch die Menschen, die einfach nicht arbeiten wollen.

Das garantierte Grundeinkommen sei damit ein Angriff gegen das gesellschaftlich anerkannte Leistungsprinzip und unterminierte die Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft. Eine Bemerkung wäre hier doch von Bedeutung. Diese Auffassung des Problems behauptet, dass der Mensch nur unter der Wirkung eines drohenden Existenzverlustes kreativ sei. Jedoch können die Freude an der Arbeit, die soziale Anerkennung, das Interesse an der Aufgabe für verschiedene Schichten der Gesellschaft oft ebenso anspornend sein.

Die kritischen Bemerkungen müssen trotzdem sehr ernstgenommen werden. Die Einführung des garantierten Grundeinkommens – und das ist von besonderer Wichtigkeit hinsichtlich der juristischen Regelung – eröffnet eine neue Entscheidungsära für die Zugehörigen der aktiven Altersklasse, und damit kann die Aufrechterhaltung des eigenen Systems drohen.

Es ist mit Hilfe von klassischen Modellen des Arbeitskraftmarktes zu erweisen, dass das individuelle Arbeitskräfteangebot infolge des garantierten Grundeinkommens nur dann nicht rückläufig ist wenn Freizeit, Hobby und Entspannung unter den Wahlprioritäten des Individuums einen geringeren Stellenwert haben als die Last der Arbeit.

Solange es nicht garantiert ist, dass die Mehrheit der aktiven Mitglieder der Gesellschaft ständig und konsequent die Arbeitsverrichtung bevorzugt, gegenüber anderen Tätigkeiten, kann die Einführung dieses Systems kritische Situationen schaffen. Es kann einen makroökonomischen Gleichgewichtsverlust hervorrufen.

Das Ausströmen der Kaufkraft besteht jedes Mal infolge des garantierten Grundeinkommens, gleichzeitig ist es zweifelhaft, ob die unentbehrlichen Waren, zur Befriedigung der Bedürfnisse, hergestellt werden. Die Menschen, die in den Mangelgesellschaften aufgewachsen sind, kennen sehr gut die Folgen.

Viele opponieren gegen diese Pläne, denn sie können zur Abnahme der gesellschaftlichen Solidarität, zur Steigerung der individuellen Isoliertheit führen. Wie gesagt: der Zwang der Arbeitsteilung schuf früher unter den Menschen eine gegenseitige Angewiesenheit. Das garantierte Grundeinkommen wird anstatt dessen die Isolierungstendenzen verstärken.

Viele haben Angst, dass die Abhängigkeit vom Staat und die Ausgeliefertheit der Menschen auf gesellschaftlicher Ebene steigt. Wenn ein immer grösserer Anteil der gesellschaftlichen Produktion durch die staatlichen Organe aufgeteilt wird, dann

wird die Abhängigkeit des Individuums vom Staat, von den politischen Entscheidungen immer stärker.

Es ist zu befürchten, dass das garantierte Grundeinkommen eine ungünstige Wirkung auf den Arbeitskräftemarkt ausübt. Auf diesem Gebiet kann es die Quelle neuer Ungleichheiten werden. Viele Experte meinen, dass nach der Einführung des garantierten Grundeinkommens z.B. der Entlassungsschutz mancher, sozial schwache Menschen beseitigt werden soll. Nach einer solchen Massnahme sei es zu erwarten, dass diese besonders sehr bedürftigen Arbeitnehmerschichten keine Arbeit mehr fänden.

Manche befürchten, dass anstatt der Lösung: Recht auf Arbeit, die andere Lösung: Recht auf ein Grundeinkommen sich verbreite; dann fänden wir uns mit der Tatsache der Arbeitslosigkeit ab, die als unveränderbar erscheine.

III.

Zum Schluss möchten wir unsere Meinung über die Chancen einer baldigen Einführung des garantierten Grundeinkommens kurz zusammenfassen. Wir empfehlen Vorsicht und machen auf folgende Fakten aufmerksam:

1. In der langfristigen Betrachtung können wir die Möglichkeit einer technischen Entwicklung, die auf dem gegebenen Niveau der Produktion wesentlich weniger Arbeitskräfte braucht, nicht ausschliessen. (Es lohnt sich zu bemerken, dass es eine solche Prognose auch in den früheren historischen Epochen bekannt war. Spätestens seit der Rebellion der Lyoner Leinweber ist das eine wiederum auftauchende Erscheinung der Zivilisation. Es scheint, bisher waren die Befürchtungen unbegründet. Die technische Entwicklung hat bisher zu keiner globalen Arbeitslosigkeit geführt.)

Sollte sich in Zukunft doch zeigen, dass beträchtliche Massen der aktiven Altersklassen ohne Arbeit bleiben, so müssen wir als eine mögliche Alternative die Einführung des garantierten Grundeinkommens überlegen.

2. Vor einem solchen Entschluss müssen wir sorgfältig überlegen, wie die erwähnten Gefahren umzugehen sind. Die bedeutenste Frage scheint die folgende zu sein:

Wenn das Weiterleben der Menschheit letzten Endes davon abhängt, ob die zum Lebensunterhalt notwendigen materiellen Güter durch eine Zielorientierte Menschliche Tätigkeit geschaffen werden, können wir das Individuum von dieser Drohung befreien?

Bei Frage benötigt weitere gründliche Untersuchungen. Auf dem heutigen Stand der Forschungen ist uns klar: wir können das nicht durchführen, wenn wir eine Struktur die die Realitäten der Welt mit Verzerrungen übermittelt, nicht gestalten wollen. Gleichzeitig finden wir nicht ausgeschlossen, dass diese Auswirkung anstatt der existenziellen Drohung mit anderen Mitteln erzielt werden kann. Wir möchten daran erinnern, dass solche Schritte im Leben der Menschheit schon mehrmals zum Ziel gelangten. Es soll nur auf das Aufgeben des Talio-Prinzips und der Todesstrafe hingewiesen werden, oder darauf: nach unseren Hoffnungen wird in der

internationalen Praxis eine Situation immer ausgeprägter, die die Drohung und Zwang ausschaltet.

3. Wir müssen auch darauf achten, dass die Möglichkeiten der Marktwirtschaft weitgehend nicht ausgenutzt wurden. Viele meinen, bevor wir das garantierte Grundeinkommen einführen, sollten wir noch zahlreiche andere Möglichkeiten erproben. Wenn wir annehmen, dass unsere Hauptsorge ist, dass die gegenwärtigen Systeme in manchen Fällen Unterversorgung ergeben, scheint eine sog. "Sockelungsstrategie" geeignet, die notwendige Korrektur durchzuführen.

Es sollte in den heutigen Institutionen ein Minimum-Standard bestimmt werden, der auch dann nicht unterschritten werden darf, wenn im Sinne der Äquivalenzregeln eine geringere Leistung angemessen wäre. Die Leistungen, die bestimmten Gesellschaftsgruppen geboten werden, könnten wahrscheinlich auch auf weitere Schichten ausgebreitet werden.

Wir könnten eine umfassende, radikale Arbeitszeitreduzierung durchfügen, die zusammen mit einem beschäftigungssteigernden Programm einen Ausweg aus der massenhaften Arbeitslosigkeit zeigen kann. Es gibt noch zahlreiche andere Wege, die wir beschreiten könnten.

Es ist trotzdem nicht zu leugnen, dass der Gedanke des garantierten Grundeinkommens eine fruchtbare Wirkung auf die sozialpolitischen Forschungen ausgeübt hat.

Bevor aber die ersten derartigen Systeme realisiert werden, denke ich, werden wir noch Gelegenheit haben, unsere Meinungen zur Diskussion zu stellen.